

Peter Kafka

Einwendung gegen die WAA wegen der nicht abschätzbaren Gefahr absichtlicher katastrophaler Freisetzungen von Radioaktivität

Vortrag am Donnerstag, 11. August 1988, Stadthalle Neunburg vorm Wald, Oberpfalz
Schriftfassung, gedruckt im Rundbrief Nr. 27 der Ärzte gegen Atomkrieg

Szene: Stadthalle in Neunburg vorm Wald. Fünfte Woche des Erörterungsverfahrens zur beantragten zweiten Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA. Auf dem erhöhten Podium die Reihe der Vertreter der Genehmigungsbehörde (Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen), mit den Herren Basse und Specht als Vorsitzenden, anstelle des wegen Erschöpfung ausgefallenen Herrn Mauker. Links davor die ca. 25 Vertreter des Antragstellers DWK, d.h. der Planer, Errichter und zukünftigen Betreiber der Anlage. Rechts davor die etwa ebenso vielen Vertreter der vom TÜV Bayern koordinierten Gutachtergremien. Vor diesen drei Gruppen ist ein rotes Seil gespannt. Davor die Einwender, ihre Anwälte und die Sachbeistände.

Zusammenfassung: Die oberirdische Konzentration großer Mengen radioaktiver Nuklide würden einen außergewöhnlichen Anziehungspunkt für kriegerrische und terroristische Angriffe darstellen, deren Ziel die Freisetzung oder die erpresserische Drohung hiermit sein könnte. Die möglichen Folgen reichen bis zur langfristigen Unbewohnbarkeit weiter Landesteile. Bei der geplanten Anlage sind hiergegen keine ausreichenden Schutzmaßnahmen möglich. Angesichts des Nachweises, dass die Entsorgungsaufgaben der WAA auf andere Art mit erheblich geringerem Risiko, und obendrein viel billiger, erfüllbar wären, dürfen diese Gefahren nicht in Kauf genommen werden. Sie müssen zur Verweigerung der Genehmigung führen.

Wir hier hinter den Seilen sind alle gekommen, um Sie dort oben dazu zu bewegen, die Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage nicht zu genehmigen, weil wir uns – und nicht nur uns selbst – von ihr bedroht fühlen.

Der stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber hat kürzlich festgestellt (laut Südd. Ztg/dpa vom 29.7.): „Das rechtsstaatliche Verfahren werde mißbraucht, da die Kritiker sich immer weiter von der Sachlichkeit entfernten und ihren ideologischen Glaubenskrieg gegen die Atomenergie fortführten“... „Die Bürger sollten sich von einseitigen und abgedroschenen Parolen nicht einseifen lassen“... „Die Erörterung sei keine Schaubühne für politische und ideologische Auseinandersetzungen“.

Auch meinen heutigen Beitrag werden Herr Huber und andere Propagandisten der Atompolitik ähnlich in ihre Sprechmuster einzuordnen versuchen. Ich mache Sie deshalb gleich darauf aufmerksam, dass alles, was ich sagen werde, auf eine ganz klare Frage zielt, die eine klare Antwort erfordert!

Wir wissen, dass bei guten Beamten Auftrag und Wille nicht auseinanderfallen können. Wir wissen auch, in wessen Auftrag Sie hier über den vorliegenden Antrag zu entscheiden haben.

Stellen wir uns also vor: Sie dort vorne und Sie da oben setzen Ihren Willen durch, die Anlage wird genehmigt, wird errichtet, geht in Betrieb und arbeitet einige Jahre.

Dazu passt eine andere Vorstellung: Es bleiben bei uns Männer am Ruder, die nicht bereit sind, der Ungerechtigkeit in der Welt entgegenzuarbeiten, die vielmehr von ihr profitieren wollen – z.B. indem sie endlich mehr Waffen produzieren und verkaufen.

Sie werden nicht bestreiten, dass solche Vorstellungen ziemlich realistisch sind.

Mit dieser Beutemacher-Gesinnung bereiten wir aber auf vielen Ebenen Krieg vor. Ganze Völker werden gegen ihre Ausbeuter aufstehen – oder gegen die, die sie dafür halten. Und es werden sich viele größere und kleinere „Bewegungen“ bilden – national und international –, die das weitere Wachstum des anonymen Kapitals und des sogenannten Lebensstandards auf Kosten von Natur und Kultur behindern wollen.

Sicher, der Atomstaat wird versuchen, sich gegen jede Subversion zu schützen. Aber eben dies muss und wird zu weiterer Eskalation führen. Wir müssen uns also auch vorstellen, was dann geschehen kann!

Sie dort oben haben *auch* Angst vor solchen Zukunftsbildern. Wie schaffen Sie es dennoch, in eine solche Welt, und auch noch in die eigene nächste Nachbarschaft, also den eigenen Kindern und Enkeln vor die Nase, die größte Konzentration von Zerstörungspotenzial zu setzen?

Lesen Sie bitte einmal das Buch „The March Of Folly“ der amerikanischen Historikerin Barbara Tuchmann; auf Deutsch heißt es „Die Torheit der Regierenden – Von Troja bis Vietnam“.

Rückwärts schauend erkennen die meisten den Wahnsinn leichter. Nur: Wenn wir Sie da vorne so weitermachen lassen, *kann* vielleicht bald niemand mehr zurückschauen.

Früher wusste man immer: Es wird auch nach den größten Zusammenbrüchen noch eine bewohnbare Welt für die Kinder geben. Heute dämmert es sogar Ihnen da oben: Wir greifen großräumig, und sogar global, die Wurzeln alles Lebendigen an – nun sogar schon das irdische Klima.

Die Weltverbesserer, die in ihrem Innovationswahn schon fast sämtliche allmählich entwickelten Werte durch eilig hingehauenen Schund ersetzt haben,

holen zu noch umfassenderen, noch besser organisierten Schlägen aus. Und die Torheit der Regierenden drängt immer schneller voran in diese Richtung.

Weil es um immer mehr geht als um Troja, fühlt Cassandra in sich die Frage keimen, ob sie nicht verpflichtet sei, ihr Wissen auch in Organisation von Widerstand umzusetzen. So kommt es, dass ein lebenswerter, alter, pazifistischer Philosoph wie Günther Anders in die Nähe des Aufrufs zur Gewalt gerät.

Was glauben Sie, wohin dann einst das Denken *dümmerer* Leute gelangen könnte, wenn sie aus der Geschichte die Lehre ziehen, dass nur große Katastrophen den Vormarsch zu noch größeren Katastrophen verlangsamen können?

Ein anderer alter Mann, der *auch* viel nachgedacht hat, und zwar, wegen seiner Herkunft, stets mit größter Anstrengung zur Konformität mit auch noch den törichtsten Regierenden, Carl-Friedrich von Weizsäcker, hat *auch* endlich gemerkt, dass in diese Welt, jedenfalls in diese Weltgesellschaft, keine großtechnischen Atomanlagen hineinpassen.

Diese Einsicht hat viel mit dem Sicherheitsbericht zu tun, der hier erörtert wird. Sie ist sogar der wichtigste und vielleicht einzig erfolgversprechende Ansatzpunkt, um die mit erheblicher politischer und wirtschaftlicher Energie vorangetriebene Genehmigung und Fertigstellung des Projekts WAA doch noch zu verhindern. Es wird nämlich kein einziger Gutachter gefunden werden können, der zu behaupten wagt, man habe dieses Problem „im Griff“. In allen anderen Detailfragen werden Sie solche Gutachter finden, d.h. ernennen – notfalls nach einigen kleinen Korrekturen der Anlagenplanung, für die Ihnen hier die höchst kompetenten Sachbeistände der Einwender wichtige und für Sie kostenlose Vorarbeit geleistet haben. Die Sicherheit gegen absichtliche Freisetzungen (oder auch nur die erpresserische Drohung hiermit) nachzuweisen, wird jedoch nicht einmal auf dem Papier und unter dem Briefkopf des bayerischen TÜV möglich sein.

Deshalb war es für den Widerstand gegen die WAA so wichtig, dass Herr von Weizsäcker sich hier die unzweideutige Feststellung ihrer ungenügenden Sicherheit abgerungen hat! Auf den ersten Blick mag man meinen, dies Argument helfe gar nichts, denn es sei ja auch beim Bau und Betrieb der Atomkraftwerke übergangen worden. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass man in deren Fall selbst heute noch wissenschaftliche Gutachter finden kann, die bestätigen, dass ohne Kernenergie die Wirtschaft, d.h. alles, was wir lieben, zugrundegehen müsste. Für die WAA mag ähnliches noch der eine oder andere interessierte Parteimann sagen, aber sicherlich kein einziger wissenschaftlicher Gutachter mehr. Das ist entscheidend.

Die Frage der Sicherheit kann ja niemals *absolut* betrachtet werden. *Jeder* Weg kann Gefahren bergen. Auch wenn also das Risiko der WAA in Zeiten von

Krieg oder anderen gesellschaftlichen Instabilitäten unerträglich groß erscheint, muss dennoch untersucht werden, ob überhaupt Alternativen existieren, deren Risiken wesentlich geringer wären.

Glücklicherweise ist dies der Fall, und den Nachweis dafür haben nicht nur wissenschaftlich-technische Studien in anderen Ländern erbracht – z.B. in den USA und in Schweden, wo die politische Entscheidung für den Verzicht auf Wiederaufarbeitung der Brennelemente aus Kernkraftwerken bereits gefallen ist. Vielmehr hat ja auch unsere Bundesregierung eine Studie zum Vergleich der Wiederaufarbeitung mit anderen Entsorgungstechniken anfertigen lassen. Sie ist im Dezember 1984 erschienen, hat jeden Bundesbürger etwa eine Mark gekostet, und ist also hoffentlich noch nicht ganz wertlos.

Diese vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe koordinierte Studie – die „Systemstudie Andere Entsorgungstechniken“ – ist hier in Neunburg vermutlich schon mehrfach zur Sprache gekommen, aber ich möchte noch einmal ihre wesentlichen Ergebnisse kurz festhalten.

Wieviel Sorgen auch immer die sogenannte Entsorgung machen wird, sie ist jedenfalls durch den sorglosen Einstieg in die Kernenergienutzung unbestreitbar notwendig geworden. Irgendwie muss ja der schon angefallene „Atommüll“ dauerhaft von allem Lebendigen ferngehalten werden. Und selbst wenn Einsicht oder Katastrophen das törichte Abenteuer beendet haben werden, müssen seine Folgen noch unzählige Generationen nach uns beschäftigen.

(Übrigens ist zwar die entsprechende Einsicht bei vielen vorhanden, und sie breitet sich auch schon bis in die Reihen von Ihnen da oben aus, aber ich fürchte, Sie werden den Ausstieg trotzdem erst nach dem ersten schweren Unfall in Westeuropa schaffen – etwa wenn eine berühmte Stadt unbewohnbar wird...)

Die in der Karlsruher Studie betrachtete andere Entsorgungstechnik besteht bekanntlich im wesentlichen darin, die verbrauchten Brennelemente nicht zu zerschneiden und in Säuren aufzulösen – wie bei der Wiederaufarbeitung – sondern sie mit zusätzlichen Ummantelungen zu versehen und direkt in ein unterirdisches Endlager zu bringen. Dies wäre die sogenannte „konditionierte Endlagerung“.

Wer weiß, dass der Gehalt an langlebigen radioaktiven Spaltprodukten in jedem Brennelement nach der etwa dreijährigen Nutzung dem Gehalt von etwa zehn Hiroshima-Bomben entspricht, der wird sich vorstellen können, wieviel komplexer die Wiederaufarbeitung schon allein wegen der Sicherheitsanforderungen im Vergleich zur konditionierten Endlagerung sein muß. Sie dort vorne wollen ja jährlich über tausend solche Brennelemente aufschneiden und weiterverarbeiten... Es wird also unmittelbar einleuchten, was bei der Karlsruher Studie herauskam:

1. Wiederaufarbeitung kostet mindestens 40% mehr als konditionierte Endlagerung – wahrscheinlich mehr als das Doppelte.

2. Wiederaufarbeitung setzt im Normalbetrieb um Größenordnungen mehr Aktivität frei als konditionierte Endlagerung und betrifft dadurch eine viel größere Zahl von Menschen. (Wegen dieses Vergleichs widerspricht sie natürlich auch dem Minimierungsgebot, etwa § 28 StrSchV.)

3. Auch das Endlager nach Wiederaufarbeitung setzt mehr Aktivität frei als das Endlager für konditionierte Brennelemente.

4. Die Analyse erwarteter Störfälle ergibt ein um Größenordnungen höheres Strahlenrisiko für die Belegschaft wie auch für die allgemeine Bevölkerung, wenn Wiederaufarbeitung statt direkter konditionierter Endlagerung durchgeführt wird.

Das von Regierung und Betreibern vorgebrachte Argument, die WAA müsse so schnell wie möglich errichtet werden, weil das Atomgesetz eine Entsorgungsmöglichkeit zwingend vorschreibe, ist nicht stichhaltig, da schon eine Zwischenlagerung der Brennelemente während der Planung und Errichtung von Konditionierungsanlagen und Endlagern die Bedingungen des Atomgesetzes erfüllen würde. Dies wurde indirekt erst vor wenigen Wochen vom Geschäftsführer der DWK, Herrn Weinländer, und vom Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit, Herrn Gröbl, in der Fernsehsendung „Nachtclub“ (einer langen Diskussion zum Thema WAA) zugegeben. Beide sagten nämlich dort, es sei nicht problematisch, wenn eine Endlagermöglichkeit für hochaktive Abfälle aus der WAA erst in zwanzig Jahren zur Verfügung stünde. Wenn aber der hochkonzentrierte Abfall der WAA so lange warten könnte, dann natürlich erst recht die intakten Brennelemente.

Auch was die hier zu erörternde Frage der Anlagensicherheit gegen absichtliche Freisetzungen betrifft, ist unbestreitbar, dass die konditionierte direkte Endlagerung im Vergleich zur Wiederaufarbeitung sehr viel risikoärmer wäre. In einer WAA ist ja ständig ein Anteil von mehreren Prozent des gesamten radioaktiven Inventars in relativ leicht freisetzbare Form vorhanden – nämlich in Behältern und Rohrleitungen voller extrem gefährlicher Flüssigkeiten. Aber auch die von der gewaltigen Aktivitätsanhäufung im WAA-Eingangslager ausgehende Gefahr lässt sich bei konditionierter Endlagerung vermeiden, denn die Konditionierungstechnik ist so einfach, dass sie ohne wesentliche andere Nachteile auch dezentral anwendbar wäre. Jedenfalls wäre wegen des hier vorgebrachten Sicherheitseinwandes auch die hier schon zur Sprache gekommene (wenn auch von der DWK heftig dementierte) Möglichkeit abzulehnen, das Wackersdorfer Gelände bei eventuellem Verzicht auf Wiederaufarbeitung wenigstens als Zwischenlager für

die Brennelemente aus allen deutschen Kernkraftwerken zu nutzen. Wegen der größeren psychologischen Anziehungskraft spektakulärer zentraler Anhäufungen radioaktiver Stoffe muss mit diesen bis zur unterirdischen Endlagerung (und bis zum endgültigen Verzicht auf jeden Umgang mit ihnen) möglichst dezentral umgegangen werden.

Alle diese Tatsachen müssten dazu zwingen, auf die Wiederaufarbeitung zu verzichten und beschleunigt das bessere andere Verfahren zu entwickeln. Die WAA hätte nur dann einen Sinn, wenn man schon fest entschlossen wäre, die Nutzung der Kernenergie auf viele Jahrzehnte hinaus fortzusetzen und zu steigern, oder wenn man an der Gewinnung von Plutonium für militärische Zwecke interessiert ist, oder wenn man meint, dass schon allein durch die Möglichkeit militärischer Nutzung das angestrebte „weltpolitische Gewicht der Bundesrepublik“ wachsen werde. Dies wurde tatsächlich in CSU-Kreisen schon als Pluspunkt der WAA genannt.

Weder die langfristige Kernenergienutzung noch die Plutoniumgewinnung für militärische Zwecke sind jedoch Politik der Bundesregierung, jedenfalls nicht die offiziell bekannte. Die immer wieder phrasenhaft betonte „energiepolitische Notwendigkeit“ der WAA ist nicht einmal durch die bayerische Staatsregierung begründbar, die ja mittlerweile auch nur noch von „mittelfristiger“ Nutzung der Kernenergie spricht. Also wäre das allein genehmigungsfähige Vorgehen zur Entsorgung eine vorläufige, möglichst sichere, dezentrale Zwischenlagerung der Brennelemente, bei gleichzeitiger gründlicher Erforschung und Entwicklung der langfristig besten weiteren Vorgehensweise. Dieser Weg wird auch in Schweden und den USA beschritten. Das deutsche Vorgehen ist unter allen bisher diskutierten Gesichtspunkten, sowohl der Sicherheit wie der Wirtschaftlichkeit, völlig irrational.

Dem Vergleich zwischen Wiederaufarbeitung und konditionierter Endlagerung werden Sie dort vorne und Sie da oben entgegenhalten: Die genannten Nachteile der WAA sind zwar zuzugeben, aber sie sind so unwesentlich, dass sie bei der Entscheidung über die Wahl des Entsorgungssystems keine Rolle spielen. Ob man die Belegschaft oder die Bevölkerung im bestimmungsgemäßen Betrieb oder bei Störfällen nun jährlich mit einer Kollektivdosis von einigen Personensievert belastet, oder mit einem kleinen Bruchteil hiervon, das spielt doch ohnehin keine Rolle gegenüber den vielleicht tausend Personensievert, die die Oberpfälzer Gesamtbevölkerung aus der natürlichen Radioaktivität erleidet. Und ob man nun fünf oder zehn Milliarden Mark für eine Anlage ausgibt, ist schließlich *auch* egal, denn pro deutschen Einwohner gerechnet macht der Unterschied doch nur ein paar Flaschen Sekt aus. dass das alles „wirtschaftlich vertretbar“ ist, sehen wir ja daran, dass die

WAA gebaut wird – das sagten Sie dort vorne erst vor ein paar Tagen, Herr Harms.

Warum Sie uns dann allerdings nicht auch noch um das winzige zusätzliche Schlückchen Sekt zu bitten wagten, das es uns jeden gekostet hätte, wenn Sie den Brennelementbehälter CASTOR durch den viel sichereren TN 1300 ersetzt hätten – das wird manchen wundern. *Mich* wundert es nicht. Ich weiß ja, wie Sie denken. Jeder Schaden wird von Ihnen einfach auf die Gesamtbevölkerung umgelegt. Was kann sich dann eine Gesellschaft, die jährlich zehntausend Autotote akzeptiert, nicht alles leisten! Dennoch, warum legen Sie nicht lieber mögliche Schäden gleich auf die ganze Menschheit um? Und solange die volkreichsten Länder der Erde so viel weniger Kernkraft haben als wir, ließe sich doch durch ihre Einbeziehung bei der Mittelung noch eine Menge einsparen! Erinnern Sie sich an das Beispiel, das Roland Scholz hier nannte? Auch der schlimmste Autounfall verursacht für die Gesamtheit der Autofahrer einen völlig vernachlässigbaren mittleren Blutverlust!

Aber kommen wir wieder zum Kern der Sache. Wann hätten je große Eroberer und ihre Feldherren einen Beutezug abgebrochen, weil Zweifel an Sicherheit und Wirtschaftlichkeit laut wurden? Sie da vorne auf der einen Seite werden mit Hilfe von Ihnen da vorne auf der anderen Seite denen dort oben bestätigen, dass sich das Abenteuer lohnen wird und dass nichts Schlimmeres passieren kann, wenn einmal ein Ventil ausfällt oder ein Rohr reißt, oder ein Kessel birst, oder in einem Behälter eine Kettenreaktion in Gang kommt, oder ein Kran umstürzt, oder ein Brand ausbricht – oder wenn gar ein Jahrtausend-Erdbeben sich erlaubt, ausgerechnet in die nächsten vierzig Jahre zu fallen.

Ihre gegenseitige Überzeugungskraft ist unwiderstehlich – und auch die Juristen, bei denen wir uns vielleicht noch werden beschweren dürfen, werden sich, zum mindesten in der letzten Instanz, höchstwahrscheinlich dem Kreis der Überzeugungstäter zugesellen.

Der „March Of Folly“ wird weitergehen. Nur auf die *eine* Frage weiß ich nicht, mit welcher Antwort Sie sich beruhigen könnten. Und an ihr muß die WAA scheitern, wenn das von Politikern so oft im Munde geführte Wort „Verantwortung“ noch einen Sinn hat.

Konzentrieren wir uns also auf diese Frage: Die Verantwortbarkeit des angehäuften Zerstörungspotenzials. Nehmen wir ruhig einmal an, es gebe gar keine anderen Probleme. Nehmen wir also an, alles, was Sie, die politischen, wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Planer von Atomanlagen erzählen, sei gesicherte Wahrheit. Nicht dass dies irgend jemand ganz sicher glaubte – aber Sie wissen ja: Glauben heißt, Zweifel ertragen können. Und der Wille zur Macht macht risikofreudiger, hilft Zweifel nicht nur ertragen, sondern sogar zu verdrängen. Die

Interessenten werden also Gutachten herbeischaffen, die das Geglaubte zum Stand der Wissenschaft erklären, und die Zweifel sind dann automatisch *nicht* Stand der Wissenschaft. Also können Zweifler auch gar nicht offiziell als Gutachter herangezogen werden, sondern nur Gläubige. Die Gläubigkeit definiert die Glaubwürdigkeit.

Sicher, wenn dann die Katastrophe eingetreten ist, darf man sagen: Das war nach dem damaligen Stand der Wissenschaft nicht vorherzusehen. Aber fügen wir uns all dem einmal für den Augenblick, um zu sehen, was folgt. Imitieren wir also ruhig einmal das psychologische Akrobatenstück, den „bewussten Selbstbetrug“, wie die Beamten der Genehmigungsbehörde ihn uns vorführen werden.

Glauben wir also den Hauswissenschaftlern und den Pressesprechern der Umweltpropagandaministerien, den Werbepsychologen von Siemens/KWU und dem ganzen „Informationskreis Kernenergie“, Herrn Birkhofer und der ganzen Reaktorsicherheitskommission, Herrn Kaul und Herrn Jacobi und unserer ganzen Strahlenschutzkommission, und der internationalen Strahlenschutzkommission ICRP, und dem bayerischen TÜV und allen seinen Gutachtern...

Glauben wir also, dass im sogenannten Normalbetrieb der WAA und bei allen berücksichtigten Störfällen Belegschaft und Bevölkerung nicht mehr als ein paar Personensievert an Kollektivdosis erhalten werden; glauben wir, dass selbst langfristig hierdurch nur wenige zusätzliche Krebs-Todesfälle eintreten werden; glauben wir, dass wir alle Krankheiten, die nicht unmittelbar zum Tode führen, nicht zu berücksichtigen brauchen; glauben wir, dass wir die Toten späterer Generationen, wie auch die Krüppel und Kranken aufgrund später in Erscheinung tretender Erbschäden entsprechend dem zeitlichen Abstand diskontieren dürfen; glauben wir, dass der Schaden an nicht-menschlichem Leben von vornherein gar nicht interessiert; glauben wir also, dass der Normalbetrieb und alle erwarteten Störfälle vernachlässigbare Schäden nach sich ziehen werden, und glauben wir auch noch, dass die am WAA-Ausgang herauskommenden Gebinde auf ewig sicher und schadlos in der Erde versenkt werden.

Das hilft uns alles nicht! Selbst dann darf die WAA nicht einmal nach unserem großzügigen Atomgesetz in Betrieb gehen!

Am 19. Juli hat Carl-Friedrich von Weizsäcker hier gesagt, er halte die WAA in der geplanten Form nicht für genehmigungsfähig im Sinne des Atomgesetzes. Warum? Weil sie gegen real bestehende Gefahren nicht ausgelegt ist, die zu Schäden an Leben und Gesundheit vieler Menschen und zur langfristigen Unbewohnbarkeit großer Landstriche führen könnten.

Herr von Weizsäcker wollte sich dabei ausdrücklich auf den Kriegsfall beschränken, aber aus seiner

Argumentation ging klar hervor, dass er einen Beschuss mit mehreren „konventionellen“ Raketen im Auge hatte, oder eine Bombardierung mit mehreren, in zeitlichem Abstand explodierenden Bomben. Solche Angriffe können selbstverständlich ebenso von einer finanziell hinreichend ausgestatteten terroristischen Bande ausgehen.

Im Sicherheitsbericht, um den es hier im Erörterungsverfahren geht, steht unter 2.3.1-1: „Die Schutzziele gelten als erreicht, wenn ... ausreichende Maßnahmen zur Risikominimierung bei seltenen Ereignissen getroffen sind.“

Ein Angriff mit dem Ziel der Freisetzung großer Mengen radioaktiver Nuklide wäre zweifellos ein solches „seltenes Ereignis“ – nämlich ein *einmaliges*. Maßnahmen sind dagegen nicht getroffen, und nicht zu treffen – wie ja auch die hier von Herrn von Weizsäcker zitierte Antwort des Bundesministers Töpfer an Herrn Heinrich (vom Bund Naturschutz Erlangen) bestätigte.

Ein Schlupfloch für die Inkaufnahme des Risikos und die Genehmigungsfähigkeit glaubt man sich dadurch zu schaffen, dass man die Ereignisse, gegen die keine Auslegung möglich oder vorgesehen sind, in eine gesonderte Klasse einordnet, für die der Sicherheitsmaßstab nicht durch Kenntnisse und technische Vorsorge bestimmt ist, sondern durch Hoffnung. Lassen wir uns dies vorführen:

Im Sicherheitsbericht steht unter 2.3.1-6: „Über die Vorsorge gegen Störfälle hinaus werden zum Schutz der Allgemeinheit Maßnahmen zur Risikominimierung gegen solche Ereignisse getroffen, die wegen ihrer geringen Eintrittshäufigkeit und damit wegen ihres geringen Risikos keine Auslegungsstörfälle sind. Die betrachteten Ereignisse und die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen werden in Kapitel 2.3.6 behandelt. Die ... Maßnahmen zur Verhinderung von Störmaßnahmen oder sonstigen Einwirkungen Dritter (werden) in Kapitel 2.3.8 angesprochen.“

Wer die angekündigte „Behandlung“ bzw. das „Ansprechen“ dieser Themen im Sicherheitsbericht weiterverfolgen will, wird sich wundern. Unter 2.3.8 findet er ein paar nichtssagende Zeilen, die ich noch zitieren werde. Es lohnt sich aber auch, noch nachzusehen, welche Ereignisse denn nun in Kapitel 2.3.6 „betrachtet“ werden.

In 2.3.6-1: „Die standortbedingten Eintrittshäufigkeiten für Flugzeugabstürze und Druckwellen aus chemischen Reaktionen sind äußerst gering.“

Ja – solange die Anlage noch nicht an diesem Orte steht, trifft das sicherlich zu. Ist der Ort aber wirklich Standort geworden, und die Anlage ist in Betrieb, so hat der Standort eine völlig neue Qualität. Dann beherbergt er das größte konzentrierte Zerstörungspotenzial Europas und stellt deshalb eines der interessantesten Ziele für militärische Desperados, Terroristen oder sonstige Geistesgestörte dar. Die

Eintrittshäufigkeit für katastrophale Freisetzungen läßt sich dann nicht mehr so leichthin als „äußerst gering“ bezeichnen. Wie groß ist sie wohl? – Sie ist genau: einmal innerhalb der Zeit, bis es passiert. Welche Häufigkeit ist das? Bitte geben Sie uns wenigstens Ihre eigene Schätzung!

Wie schlimm könnte das denn ausgehen, was hier von den sogenannten Verantwortlichen „wegen der geringen Eintrittshäufigkeit und damit wegen des geringen Risikos“ vernachlässigt wird? Was würde denn schlimmstenfalls freigesetzt?

In 2.3.6-3 steht: „... Für die zur Trockenlagerung genehmigten Brennelementbehälter ist ein ausreichender Schutz gegen die Wirkung eines Flugzeugabsturzes oder einer Druckwelle aus chemischen Reaktionen in Versuchen nachgewiesen worden.“

Dies haben die sogenannten Verantwortlichen auch Herrn von Weizsäcker erklärt, und dieser ging deshalb in seiner hiesigen Stellungnahme davon aus, dass die Aktivität des Eingangslagers auch bei kriegerischer oder terroristischer Einwirkung nicht freisetzbar wäre. Mit ähnlich optimistischen Annahmen über den Schutz am anderen Ende der Anlage, wo der fürs Endlager verpackte höchstaktive Müll steht, kam Herr von Weizsäcker dazu, nur die etwa 2% der Gesamtaktivität als freisetzbar zu betrachten, die jeweils gerade in flüssiger Form vorliegen. Nun wäre auch dies schlimm genug – und es führte ja auch Herrn von Weizsäcker dazu, die WAA für nicht genehmigungsfähig zu erklären. Aber tatsächlich hält natürlich der im Sicherheitsbericht behauptete Schutz der Brennelementbehälter nicht einer *beliebigen* Explosion stand. Ein militärischer oder terroristischer Anschlag, der darauf zielte, möglichst viel Radioaktivität freizusetzen, würde also gerade so viel Sprengstoff einsetzen und die Sprengstrategie gerade so wählen, dass auch die Behälter des Eingangslagers zerstört würden und anschließend ihr Inhalt zerstäubt oder verdampft und möglichst weit verbreitet würde.

Welche Explosivkraft und welche Explosionsfolge an welchen Stellen der Anlage hierfür nötig ist, könnte sich jeder mäßig Vorgebildete sogar anhand öffentlich bekannter Anlagenspezifikationen ausrechnen. Auch zusätzliche „geheime“ Sicherungen könnte er selbstverständlich in Erfahrung bringen. Dann könnte man wählen, ob man mit Raketen schießt, oder speziell beladene Flugzeuge oder Hubschrauber abstürzen läßt, oder einen Konvoi sprengstoffbeladener, gepanzerter Lastwagen unter militärischem Schutz eindringen läßt. Falls zuvor das Betriebs- und Wachpersonal durch chemische Kampfstoffe ausgeschaltet würde, ginge dies sogar mit geringerem Aufwand.

Wenn nicht alles tief unter die Erde verlegt wird, ist ein solcher Anschlag offenbar grundsätzlich nicht zu verhindern. Darf man in dieser Situation sagen: „Ach was, so verrückt wird schon niemand sein – es wird schon gutgehen“?

Herr von Weizsäcker äußerte sich hier sehr erregt, als ich fragte, ob wir uns nicht an der Vorbereitung eines der größten Verbrechen der Geschichte beteiligten, wenn wir die Anlage zuließen. Er rief, das sei die größte Übertreibung, die er je gehört habe. Und nachher beendete er einen kurzen Gesprächsversuch im Zorn. Er schimpfte, ich machte immer nur Propaganda, und lief weg.

Das Wort „Übertreibung“ passt aber doch eher auf das vorgesehene Anlageninventar. Für die gefährlichsten langlebigen Nuklide ist es (je nach Nuklid) zwischen hundert und tausend mal mehr als in Tschernobyl frei wurde.

Sie werden sich erinnern, dass das Unglück von Tschernobyl in mancher Hinsicht noch ein Glücksfall war: Allein durch ungünstigere Wetterbedingungen hätte die Millionenstadt Kiew unbewohnbar werden können. Sie liegt über hundert Kilometer vom Unfallort entfernt. Die Aussage, dass hundertmal größere Freisetzungen große Teile Bayerns, Österreichs und der Tschechoslowakei unbewohnbar machen könnten, ist also keineswegs eine Übertreibung. Und ich erlaube mir, weiterhin die Schaffung der Voraussetzungen für solche „seltenen Ereignisse“ als Vorbereitung eines der größten Verbrechen der Geschichte zu bezeichnen – sogar ohne Fragezeichen, seit allen Beteiligten klar ist, dass die geplante Anlage überflüssig und in jeder Beziehung den realisierbaren Alternativen unterlegen ist.

Im Sicherheitsbericht wird in 2.3.8 die ganze Problematik mit wenigen Worten verschleiert. Unter anderem heißt es: „Die Anforderungen sind ... rechtzeitige Entdeckung und Verhinderung von Handlungen, die bezwecken, radioaktive Stoffe absichtlich in gefährlichen Mengen in die Umwelt freizusetzen.“ ... „Diese Maßnahmen sind unter Berücksichtigung und Einbeziehung der aus Gründen nuklearen Sicherheitsanforderungen vorgesehenen Maßnahmen so aufeinander und auf die staatlichen Sicherheitsvorkehrungen abgestimmt, dass dadurch ein optimaler Schutz sichergestellt ist.“

Ein eindrucksvolles Zeugnis des pseudorationalen Schwachsinn, der in weiten Bereichen von Wissenschaft und Technik die Führung übernommen hat! Sie sehen hier: Wo kein tatsächlicher Schutz möglich ist, besteht der optimale Schutz in Beschwörungsformeln. Und man muss dabei nicht einmal lügen. Auch Null kann optimal sein, wenn es nichts Positives gibt.

Wer so etwas schrieb, dem ist auch der schöne Satz auf Seite 55 der WAA-Kurzbeschreibung vom Januar 1988 zuzutrauen:

„Die Ereignisse können nach dem Maßstab der praktischen Vernunft ausgeschlossen werden.“ Gemeint sind auch hier Einwirkungen durch Explosionen und die entsprechenden katastrophalen Freisetzungen.

Was ist das eigentlich – die „praktische Vernunft“?

Nach ihren Maßstäben ist offensichtlich auch die irrsinnigste Handlung nicht auszuschließen. Sie führen uns dies ja gerade vor. Diese Art von Vernunft verbietet nicht einmal die Anhäufung eines derartigen Vernichtungspotenzials vor der eigenen Haustür!

Wir sind im Jahre 4 nach George Orwell's 1984. Sie sprechen „Newspeak“. Das neue Wort für Torheit ist „praktische Vernunft“.

Die wirkliche Vernunft, die anscheinend manchen sehr unpraktisch vorkommt, fordert den Verzicht auf jeden großtechnischen Umgang mit Radioaktivität. Praktisch bedeutet dies: Nicht mit immer größeren Schritten weiter hinein in den Wahnsinn, sondern wohlüberlegt Schritt für Schritt heraus.

Nun hat Herr von Weizsäcker zurecht gesagt, dass auch von anderen Anlagen große Gefahr im Fall von Krieg und Anschlägen ausgingen. Selbstverständlich – manche chemischen Lager, z.B. auch das Lager chemischer Waffen in Fischbach in der Pfalz, bedrohen vermutlich ebenfalls ganze Länder. Und natürlich auch die Gefahren durch Unfälle oder Anschläge in der chemischen Industrie, ja sogar deren absichtliche Freisetzungen – und zwar nicht nur in deren Abluft und Abwässern, sondern noch stärker durch den als Fortschritt gepriesenen Absatz von Millionen Tonnen von Stoffen, die nun die Biosphäre und die Atmosphäre aus dem Gleichgewicht bringen – von unserer Gesundheit ganz zu schweigen.

Gegen all dies wird gekämpft werden. Hier aber steht nur die WAA zur Debatte. Wenn es nicht einmal hier gelänge, den weiteren Marsch in den Wahnsinn zu stoppen, dann wäre in der Tat Pessimismus und Verzweiflung am Platze. Gerade die WAA müsste ja am einfachsten zu verhindern sein, denn sie ist noch nicht sehr weit im Bau fortgeschritten, und ihr Betrieb wird glücklicherweise durch keinerlei „Sachzwänge“ notwendig werden. Sie dürfen da nicht dem bayerischen Ministerpräsidenten glauben, der einfach das Gegenteil behauptet.

Wir alle wissen ja, dass Politiker beliebig die Unwahrheit sagen dürfen, dass man dies aber erst nach ihrem Tod Lüge nennen sollte – schon um Beleidigungsklagen zu vermeiden.

Franz Josef Strauß hat am 20. Juli bei der Eröffnungsfeier des Kernkraftwerks Ohu II gesagt (laut Rolf Thym in der Südd. Ztg. vom 21.7.88): „Wer als Umweltschützer den Blick verengt auf die Kernenergie, der versündigt sich an der Menschheit und an der Zukunft.“ Auf die Kernenergie konzentriere sich „der ganze Hass der wirtschaftlichen Unvernunft und Ignoranz“. Die Aussage, dass baldiger Ausstieg möglich sei, sei „Betrug an der Öffentlichkeit und Betrug an der Jugend“.

In wenigen Wochen wird das Gutachten veröffentlicht werden, das das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin im Auftrag des Hamburger Senats erarbeitet hat – zu der Frage, ob und wie in

Hamburg dieser Ausstieg möglich sei. Im SPIEGEL dieser Woche steht schon eine Zusammenfassung. In Hamburg stammen schon 85% des erzeugten Stroms aus Kernenergie. Wie sollte da Ausstieg möglich sein? Gar nicht schwierig, wie sich zeigt! Man hat nämlich an die 100% Überkapazität. Und man verkauft auch heute noch Strom für zweieinhalb Pfennige pro Kilowattstunde an die Aluminiumproduzenten... Das neue Gutachten bringt gar keine Überraschungen, denn dass den Hamburgern „der Strom zu den Ohren herauskommt“ und deshalb jede langfristig vernünftige Energiepolitik unmöglich gemacht wird, ist lange bekannt – nicht nur für Hamburg, sondern für die ganze Bundesrepublik. Wichtig ist das Gutachten vor allem, weil es neu ist. Wegen des Innovationswahn der Regierenden sind nämlich dieselben Gutachten von gestern und vorgestern schon im Papierkorb.

Ferner sagte Strauß, die WAA sei „in Verbindung mit dem Endlager in Steinsalz der einzige langfristig erprobte und auf absehbare Zeit realisierbare Entsorgungsschritt“. Er weiß genau, dass fast nichts davon hinreichend erprobt ist, aber ich bin sicher, dass wir dieses Wort des Großen Vorsitzenden bald in den Broschüren für die bayerischen Schulen wiederfinden werden, die Sie vom Umweltministerium anfertigen und verteilen lassen, um der Jugend von Amts wegen den Unterschied zwischen Wahrheit und Betrug klar zu machen.

Aber es kommt noch schlimmer in der Strauß-Rede: „Die WAA ist die einzige Entsorgungstechnik, die einen kontrollierten Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen würde, wenn es soweit ist.“ Was mag er meinen mit diesem „wenn es so weit ist“? Wenn der nächste große Unfall den Ausstieg erzwingt, weil die Menschen dann doch endlich eine weniger törichte Regierung wählen? Wann wird das sein? Noch rechtzeitig, bevor das geschieht, wovon Herr Weizsäcker hier sprach und wovon ich hier spreche? Natürlich weiß Herr Strauß sehr gut, dass die direkte konditionierte Endlagerung selbst dann die richtigere Entsorgungstechnik der Wahl wäre, wenn wir noch mehrere Jahrzehnte Kernreaktoren weiterbetreiben würden. Und darüber hinaus will ja nach seinen eigenen Worten auch Strauß dies eigentlich nicht – jedenfalls nicht mit der Sicherheit, die heute eine Entscheidung für Wiederaufarbeitung rechtfertigen könnte. Warum also sagt er wohl solche Dinge? Und was kann man tun, wenn die führenden Leute solche Verdrehungen und bewusste Unwahrheiten verbreiten – und wenn dann die meisten Medien dies unkommentiert als die Weisheit der Regierenden verkünden?

Herr Strauß ist wichtig in Sachen WAA. Wir müssen ihm noch ein wenig weiter zuhören: Erklärtes Ziel von „mehr oder minder obskuren Öko-Instituten“ sei es, „statt objektiver Aufklärung Misstrauen und Unsicherheit bei vielen Menschen zu erzeugen“. Wer hier erlebte, wie etwa die mit dem Freiburger Öko-

institut zusammenarbeitenden Kernphysiker Bernhard Fischer und Gerald Kirchner Ihnen dort vorne, links und rechts, objektive Aufklärung über eine Menge schwacher Punkte Ihres Konzepts liefern mussten, dem konnte angst werden. Sind wir vielleicht schon soweit, dass nur noch eine zweite Garnitur von Wissenschaftlern und Ingenieuren bereit ist, an derart absurden Großprojekten mitzuarbeiten? Das wäre ja zu begrüßen – aber nur, wenn sie dann auch mit Sicherheit nicht in Betrieb gehen!

Wenn all diese in der Zeitung wiedergegebenen Aussagen von Ministerpräsident Strauß wirklich gemacht wurden, so muss er wohl bewusst die Unwahrheit gesagt haben. Es ist nämlich bei seiner Intelligenz nicht vorstellbar, dass er solche Spruchblasen nur in seiner Umgebung (von seinen „wirklich geheimen Räten“, wie Roland Scholz hier sagte) aufgeschnappt hat und unkritisch guten Glaubens weitergibt. Er tut es vielmehr ganz gezielt, um Vertrauen und Sicherheit bei seinen weniger denkfähigen Landeskindern zu erzeugen und in Ruhe seine ehrgeizigen Ziele weiterverfolgen zu können. Die hiergegen notwendige objektive Aufklärung besteht leider unvermeidlich in der Erzeugung von Misstrauen und Unsicherheit. Der Aberglaube törichter Bürger an törichte Regierende muss verunsichert werden. Mit dem letzten Zitat, das ich aus Straußens Rede in Ohu bringen will, hat er hoffentlich selbst einen entscheidenden Beitrag zu einer künftig vorsichtigeren Einschätzung seiner Denkfähigkeit geleistet. Zur hiesigen Stellungnahme Carl-Friedrich von Weizsäckers sagte Strauß nämlich, der Krieg habe sich durch die unvorstellbare Zerstörungskraft der Kernkraft „selbst abgeschafft“. Deshalb müsse er „als Maximalfall nicht mehr einkalkuliert werden“.

Das sagt ausgerechnet jemand, der seine Heimat endlich wieder zur größten Waffenschmiede Europas machen will. Herr Strauß möchte unseren Wohlstand, und vor allem den seiner Freunde, durch den Verkauf konventioneller „High-Tech“-Waffen mehren. Wie sich dies mit der Abschaffung des Krieges verträgt, bleibt rätselhaft – vom Terror schlagkräftiger Banden ganz zu schweigen. Durch das Vernichtungspotenzial großer Nuklearanlagen wird die nukleare Erpressung so vereinfacht und verbilligt, dass sie von kleinen, kernwaffenlosen Staaten oder von beliebigen anderen Gruppen gegen große Staaten unternommen werden kann. Es hat keinen Sinn, über die Wahrscheinlichkeit solcher Erpressungs- oder Vernichtungsaktionen zu spekulieren. Jeder Versuch, sie zahlenmäßig abzuschätzen, wäre ein weiteres Zeichen kindischen Größenwahns.

Damit müßte, wie gesagt, nach den Maßstäben der Vernunft, die Frage nach der Wiederaufarbeitungsanlage erledigt sein. Sie dort oben werden es doch nicht etwa wagen, sie trotzdem zu genehmigen?

Natürlich werden Sie. Ihr Gewissen beißt Sie ein bisschen, aber wirklich beurteilen können Sie ja die Folgen nicht. Sie werden Ihr Gewissen, entlasten indem Sie sich sagen, die Verantwortung liege weiter oben. Sie dürfen sich doch sicher fühlen, dass kein Richter ihre Genehmigung wird durchgehen lassen, falls sie etwa doch nicht in Ordnung war? – Aber nein! Schauen wir der Realität ins Auge! Auch die Richter werden mitmachen. Auch sie können die Folgen nicht wirklich beurteilen und müssen die Verantwortung weiter nach oben schieben. Sie dürfen sich

doch wohl sicher fühlen, dass Gott nicht zulassen wird, dass etwas schief geht? – Aber nein, natürlich wird auch er es zulassen – er hat noch alles zugelassen, was *wir* zugelassen haben.

Und wenn es dann geschehen ist, und es sind wieder einmal Millionen Heimatlose unterwegs, dann waren *wir* nicht schuld, und Sie da oben auch nicht, und die Richter auch nicht – nein, dann war es die Torheit der Regierenden – und dies ist höhere Gewalt, oder in der noch treffenderen englischen Juristensprache: „An Act Of God“.